

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormalig: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Ercheint wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-Mk.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.  
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

## Geschichtskalender: 3. bis 9. Juli.

- 3. Juli 1886: 2. Verbandstag des Allgemeinen Brauerverbandes in Dresden. Pennsdorf wird Vorsitzender.
- 4. Juli 1892: Streik und Aussperrung der Brauereiarbeiter in Elberfeld wegen Maßregelungen.
- 4. Juli 1904: Streik und Boykott Hamburger Brauindustrie erneut ausgedehnt, weil Arbeitgeber Abmachungen nicht hielten.
- 5. Juli 1915: Eingabe an Reichsregierung, um Sonntagsmahlverbot herbeizuführen.
- 5. Juli 1919: Verband bekommt eine Vertretung im Vorstand des ADGB.
- 6. Juli 1889: Leipziger Brauereien lösen Zuspruch in den Betrieben durch Geldgeschenk ab. Folge des allgemeinen Brauerstreiks von 1889. Man wollte Agitation durch Gemahregelte verhindern.

- 6. Juli 1890: Lohnkommission der Mühlenarbeiter wird mit Bittgesuch von den Hamburger Mühlenbesitzern abgewiesen.
- 7. Juli 1892: 7. Verbandstag des Brauerverbandes in Braunschweig.
- 7. Juli 1896: Ortsverein Kulmbach erstmals gegründet.
- 7. Juli 1904: Gründung des Arbeitgeberverbandes Berliner Mühlenindustrie infolge einer Lohnbewegung.
- 7. Juli 1908: 16. Verbandstag des Brauereiarbeiterverbandes in München.
- 9. Juli 1919: Der Verband bekommt Vertretung im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft.

Im Monat Juli.

- 1894: Rappeler übernimmt den Vorsitz des Müllerverbandes.
- 1898: Statistische Kommission des Reichstages empfiehlt achtstündige gesetzliche Ruhezeit für die Mühlenarbeiter.

## Die Lohnbewegung der Großlandwirtschaft.

### Schieles Griff in den Einkaufskorb der Hausfrau.

Ueberblickt man die Politik der deutschen Reichsregierung in den letzten Wochen, so ergeben sich geradezu lächerliche Situationen. Die Weltwirtschaftskonferenz hatte unter Mitwirkung der deutschen Delegierten einer Zollsenkung auf allen Gebieten das Wort geredet. Die Delegierten derselben kamen nach einer eingehenden Untersuchung der internationalen Handelspolitik zu folgenden Schlussfolgerungen:

„In Anbetracht, daß die hohen und jederzeit veränderlichen Zölle, die von vielen Ländern erhoben werden, verderbliche Wirkungen auf Produktion und Handel ausüben; daß es möglich ist, durch immer größere Erleichterungen für den internationalen Handel die wirtschaftlichen Grundbedingungen erheblich zu verbessern; daß die Zölle, obwohl sie der souveränen Gesetzgebung jedes Staates unterliegen, nicht allein nationale Interessen betreffen, sondern einen großen Einfluß auf den Handel der ganzen Welt besitzen; und daß manche Gründe, die zu einer Erhöhung der Zölle und zur Schaffung neuer Handelsbeschränkungen geführt haben, seit dem Kriege in weitem Maße verschwunden sind und daß die Bedeutung anderer immer geringer wird, proklamiert die Konferenz, daß der Augenblick gekommen ist, jeder neuen Ueberschreitung der Zolltarife ein Ende zu setzen und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren.“

Der deutsche Außenminister Stresemann war auf der letzten Völkerverbundstagung Berichterstatter über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz. Er hat sich infolgedessen in Genf für die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz eingesetzt. Das war am 6. Juni. Am 17. Juni faßte die deutsche Reichsregierung einen Beschluß, der zum Ausdruck brachte, daß das Reichskabinett sich auf den Boden der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz stellt. Der Reichswirtschaftsrat soll beauftragt werden, ein Gutachten über eine Revision des deutschen Zolltarifgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus zu erstatten. Dann kam der Pferdefuß: „Die Beachtung der Grundzüge der Weltwirtschaftskonferenz“ schließt nicht aus, daß mit Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe (?) und im Interesse der inneren Kolonisation (?) einzelne landwirtschaftliche Zollsätze eine gewisse Erhöhung erfahren. Auf Grund dieser Erwägungen hat das Kabinett beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften die Erhöhung des autonomen Kartoffelzollens auf eine Mark vom 1. Dezember 1927 ab, sowie die Streichung des Zwischenzollens für Schweinefleisch vorzuschlagen, so daß bezüglich des Schweinefleisches der Zollsatz des schwedischen Handelsvertrages von 32 Mark praktische Bedeutung erlangt. Bekanntlich hat außerdem das Kabinett schon früher die Erhöhung des autonomen Zuckerzollens auf 15 Mk. unter erheblicher Herabsetzung der Zuckersteuer beschlossen. Alle übrigen Zollsätze, wie auch das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch sollen in der gegenwärtigen Höhe bestehen bleiben. Die ganze Regelung soll unbeschadet der den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreitenden Senkungsvorschlägen (!) bis zum 31. Dezember 1929 gelten.“

Man vergegenwärtige sich die Situation. Die Reichsregierung stimmt den Beschlüssen der Genfer Konferenz zu. Der Reichsaußenminister befürwortet diese Beschlüsse vor dem Völkerverbund. Der Reichswirtschaftsrat wird beauf-

tragt, die Frage zu untersuchen, in welcher Form und Gestalt eine Senkung der Zolltarifsätze möglich und notwendig ist. Zu gleicher Zeit wird beschlossen, für wichtige landwirtschaftliche Produkte die Zollsätze wesentlich zu erhöhen und sie in dieser Höhe für eine bestimmte Zeit festzuhalten, unbeschadet der Senkungsvorschläge, die der Reichswirtschaftsrat eventuell unterbreitet. Ein solcher Zickzackkurs, ein solches Für und Wider ist nur in Deutschland, und zwar bei der Reichsregierung möglich.

Die Spitzenorganisationen der Agrarier haben schon längst durch eine kräftige Agitation im Lande für eine genügende Einbeziehung gesorgt. Sie holten sich einen anderen Bundesgenossen heran und das ist die deutsche Schweineindustrie. Die vor einigen Tagen stattgefundenen Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat sich für eine Beibehaltung der Eisenzölle erklärt. Ueberdies sprach dort das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Kutschner, der sich ganz in dem Sinne einer Zollherhöhung aussprach. Bereits auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die ausgangs Mai stattfand, erklärte ein Redner der Agrarier unter dem Beifall der Schweineindustrie u. a. folgendes: „Deshalb haben wir das allergrößte Interesse daran, daß bei dem polnischen Handelsvertrag Schweine und Kartoffeln entsprechend geschützt werden. Schweine und Kartoffeln sind die Produkte des leichten Bodens des Ostens. Wir würden den Osten verraten, wenn wir hier nicht unter allen Umständen durchhalten wollten.“ Die Regierung spricht in ihrem Beschluß von der Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe. Die Interessenten selbst reden natürlich nicht solchen Unsinn, sondern sagen, morauf es ankommt, nämlich auf den Schutz der Großlandwirtschaft in Ostelbien.

Der Kartoffelzoll beträgt bisher 50 Pf. und soll auf 1,- Mk. erhöht werden. Schweinefleisch ist jetzt mit einem Zoll von 21,- Mk. belastet; dieser erfährt jetzt eine Erhöhung auf 32,- Mk., also um mehr als 50 Prozent. Damit es nach außen aussehend soll, als wären diese Zollherhöhungen völlig ungenügend, tobte der Reichslandbund in der Öffentlichkeit und in der Presse ruhig weiter. Er hatte eine Erhöhung des Kartoffelzolls auf 2,- Mk. und des Schweinezolls auf 37,50 Mk. gefordert. Der Zuckerzoll ist lediglich eine Hilfe für die von der Landwirtschaft beeinflusste Zuckerindustrie. Diese ist in geschlossenen Organisationen vereinigt. Der erhöhte Zuckerzoll wirkt um so aufreizender in einer Zeit, wo die Weltzuckerpreise ganz wesentlich herabgehen. Bezüglich der Beschlüsse der Genfer Wirtschaftskonferenz redet die agrarische Presse von einem internationalen Geschwätz. Das ist echt agrarische Demagogie. Wie sich die Fleischpreise in der letzten Zeit entwickelt haben, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Auf dem Berliner Fleischgroßmarkt gestalteten sich die Preise in Mark für 50 Kilogramm folgendermaßen:

	3. 1. 1927	21. 5. 1927	2. 6. 1927
Dachsenfleisch in Mt. für 50 kg.	75—97	64—100	80—105
Rindfleisch	50	72—130	67—127
Lammfleisch	50	70—97	82—110
Schweinefleisch	50	93—95	74—78
			88—90

Diese Preispanne wird sich natürlich noch wesentlich erhöhen, wenn erst der Zoll für Fleisch um die Hälfte in die Höhe gesetzt worden ist und die Kartoffeln, die haupt-

sächlich zur Schweinemast verwendet werden, ebenfalls ganz wesentlich verteuert sind. Mit diesen Zollherhöhungen wird überdies eine Nebenwirkung erzielt, und zwar die, daß der Handelskrieg zwischen Polen und Deutschland verewigt wird. Polen legt hauptsächlich Gewicht darauf, Kartoffeln und Schweinefleisch in Deutschland absetzen zu können. Die deutsche Fertigungsindustrie wird also auf absehbare Zeit nicht damit rechnen können, Polen als Absatzgebiet zu verwenden. Die deutsche Arbeitslosigkeit wird dadurch künstlich vermehrt, und dies alles aus dem Grunde, damit die deutsch-nationale Wirtschaftspolitik durchgeführt werden kann.

Schieles Griff in den Einkaufskorb der Hausfrau ist eine Brüstung des arbeitenden Volkes. Die christlichen Gewerkschaftsführer, die die Regierungskoalition von heute stützen helfen, werden es mit sich abzumachen haben, wie sie ihren Anhängern diesen Raubzug schmachhaft machen wollen. Wir erheben gegen diese Politik schärfsten Protest. Die Hand- und Kopparbeiter werden sich in den Gewerkschaften noch enger zusammenschließen müssen, um durch Lohnherhöhungen auszugleichen, was ihnen auf der anderen Seite genommen wurde.

## Zur Diskussion über den Zusammenschluß.

### Zur Verschmelzungsfrage.

Nach langen Beratungen hat nun der Statutenentwurf, die Grundlage der neuen Organisation, das Licht der Welt erblickt, begleitet von einem Artikel des Kollegen Badert, worin es zum Schluß heißt: Daß nicht die Hoffnung genährt werden dürfte, daß an den Grundzügen etwas geändert werden kann, sonst müßte die Arbeit von neuem losgehen. Ich bin nun der Meinung, wir befinden uns in einer demokratischen Organisation, wo sich die Mitglieder und auch der Verbandstag das Recht nicht nehmen lassen, an den Grundlagen der Organisation mitzuarbeiten und dementsprechend Vorschläge zu machen.

Nun zu dem Entwurf selbst:

Nach § 11 Abs. 3 sollen die Wahlen zum Verbandstag nicht mehr nach Wahlbezirken, sondern in den Reichssektionen vorgenommen werden, über 4 vom Verbandsvorstand zusammengestellten Vorschlagslisten. Diese Bestimmung ist nicht ganz klar und bedarf der Erläuterung, wie die Sache gedacht ist.

§ 24 I. Nach diesem Paragraphen besteht der Hauptvorstand aus 10 besoldeten und 12 unbesoldeten Mitgliedern. Die unbesoldeten Mitglieder sollen auf Vorschlag des Ortsvereins Berlin, vom Verbandstag gewählt werden. Was soll nun die letztere Bestimmung? Ob der Ortsverein Berlin die Mitglieder wählt, oder vorschlägt, ist gehüpft wie gesprungen, da den Verbandsdelegierten die betreffende Kollegen doch unbekannt sind. Aber bei dieser Gelegenheit muß doch erinnert werden an einen Antrag Dresden, welcher dem letzten Verbandstag vorlag, der verlangte, daß die Beisitzer nicht allein vom Ortsverein Berlin, sondern aus mehreren Ortsvereinen des Reiches bestimmt würden. Dieser Antrag hat innerhalb der Statutenberatungskommission eine lebhafteste Debatte hervorgerufen und wurde mit 4 gegen 3 Stimmen angenommen. Im Plenum wurde derselbe abgelehnt, weil man es nicht für zweckmäßig hielt, im Hinblick auf die kommende Verschmelzung noch eine derartige Aenderung vorzunehmen. Die Gründe, die damals die Mehrheit der Kommission veranlaßten, dem Antrag Dresden zuzustimmen und auch von den meisten Delegierten geteilt wurden, sind heute noch dieselben. Nach dem das Argument der Verschmelzung fortfällt, muß heute wieder die Forderung erhoben werden, daß die unbesoldeten Beisitzer, wie in dem Antrag Dresden vorgesehen, gewählt werden.

Den Verbandsbeirat hätte man als Kind der Inflation, und heute vollkommen überflüssig, beseitigen sollen; man dieses noch nicht möglich durch den Widerstand der anderen Organisationen, so hätte man doch eine andere Zusammensetzung erwarten können, kann man doch diesen geplanten Beirat ruhig als einen kleinen Verbandstag der Angestellten bezeichnen.

Der Beirat soll bestehen aus:

- 10 besoldeten Hauptvorstandsmitgliedern,
- 17 besoldeten Gauleitern,
- 2 unbesoldeten Hauptvorstandsmitgliedern,
- 1 Vorsitzenden des Ausschusses,
- 15 durch Wahl der Mitglieder.

insges. 45 Kollegen.

Von diesen sind ohne weiteres 27 Angestellte bestimmt. Von den 15 zu wählenden werden mindestens noch 8 Angestellte hinzugewählt, so daß der Beirat aus 35 Angestellten und 10 Kollegen aus den Betrieben besteht. Wenn man dagegen hält, daß der zukünftige Verbandstag nur aus 70 bis 80 gewählten Delegierten besteht, so kann man mit

Recht sagen, daß dieser Beirat viel zu groß ist. Es muß gefordert werden, daß die Zahl der berufenen Mitglieder um die Hälfte reduziert und daß zum mindesten die Mandate der zu wählenden 15 Mitglieder nur von Kollegen aus den Betrieben besetzt werden, damit auch die Kollegen aus den Betrieben mehr zur Geltung kommen und ihre Ansicht auch im Beirat zum Ausdruck bringen können.

Ich war mir darüber klar, daß bei einer Verschmelzung von mehreren so verschiedenartig aufgebauten Organisationen, nicht alles nach unseren Wünschen konstatieren gehen wird, wußte auch, daß in diesem Falle wir die Gebenden sind und kann es deshalb verstehen, daß die Unterstüßungen abgebaut sind, aber daß man auch die Unterstüßungsperiode von 65 Wochen auf 78 Wochen gesetzt hat, ist mir nicht recht begreiflich, man sollte es ruhig bei der bisherigen Regelung lassen.

Was nun die Alters- und Invalidenunterstützung anbetrifft, so kann ich sagen, daß dieselbe bei unseren Mitgliedern großen Anklang gefunden hat; aber die Freude wird dadurch gedämpft, daß diese Einrichtung mit einer Beitragserhöhung von 30 Pfennigen verbunden ist. Dies ist reichlich viel und sollte man es versuchen, mit 10 Pfennigen auszukommen. Wenn das nicht langt, hätte man an die Mitgliedschaft wegen Erhöhung der Beiträge herantreten können, denn man darf nicht vergessen, daß die sozialen Aufgaben schon ziemlich hohe sind und noch steigen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kommission und der Hauptvorstand eine große Arbeit geleistet haben. Wenn uns auch nicht alles befriedigt, so liegt es an dem kommenden Verbandstag, den Wünschen der Mitgliedschaft soweit als möglich Rechnung zu tragen. Eins aber muß betont werden, trotz aller Wünsche müssen alle Hemmnisse, welche sich der Verschmelzung entgegenstellen, überwunden werden, um den Hauptwunsch der Kollegen, den Industrieverband aller in der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie Beschäftigten, zur Tatfache werden zu lassen.

H. Schmieding, Hamburg.

**Wie man sich die Verschmelzung sicher nicht dachte.**

Je näher wir der Entscheidung zur Verschmelzung durch die kommenden Verbandstage kommen, je größer wird die Zahl derer, die von der Verschmelzung nichts wissen wollen. Das ist in allen Lagern der Fall. Bis jetzt haben die Kollegen nur die Diskussion geführt, die sich mit der Verschmelzungsfrage so ziemlich abgefunden hatten bzw. sich wirklich Nutzen in bezug der Gesamtbewegung versprochen. Von den entragierten Verschmelzungsfanatikern hat sich noch niemand gemeldet; sie scheinen vor ihrem eigenen Rinde Angst zu haben. Kein Wunder, denn der Beschluß des Augsburger Verbandstages, ohne Schädigung der Interessen unserer Mitglieder der Verschmelzungsfrage näherzutreten, ist in das absolute Gegenteil umgedreht worden. Festgestellt muß werden, daß keine der in Frage kommenden Organisationen bei der Verschmelzung gewinnt, sondern z. T. auch Opfer bringen muß, wenn man vier Verbände unter einen Hut bringen will. Was aber nach dem Satzungsentwurf unsern Mitgliedern an Opfern zugemutet wird, bedeutet einen glatten Selbstmord unserer stolzen Organisation; nur weil man sich an die Beschlüsse des Breslauer Gewerkschaftskongresses gebunden fühlt und zwangsläufig die Verschmelzung herbeiführt, statt die organische Entwicklung dafür abzuwarten. Ohne Prophet zu sein, kann man sagen, wenn unsere Mitglieder heute noch mal durch Urabstimmung ihren Willen kundtun könnten, eine Verschmelzung dieser Art in den Ort verschwinden würde. Dem Vernehmen nach soll man auch in den Kreisen des DGB der Durchführung dieses diesbezüglichen Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftskongresses mit sehr gemischten Gefühlen entgegensehen, da bei späterer Nichtbewährung der Zusammenlegung der Verbände man nicht weiß, wie man sie dann wieder auseinander nehmen soll. Man muß anerkennen, daß unser Hauptvorstand der Bäckerei in vollster Objektivität seine Berichte gegeben hat, weil er sich an die Beschlüsse gebunden fühlte und auch sein möglichstes tat, um den Zusammenschluß zu fördern; was um so höher zu bewerten ist, da er nicht gerade ein begeisterter Anhänger der Verschmelzung ist. Auch die Fleischer und Böttcher ließen auf unserer letzten Beiratsitzung durchaus erkennen, daß es ihnen ernst ist. Anders

dagegen die Bäcker, denen es m. E. mit der Verschmelzung niemals recht ernst war, sondern nur dem Drängen ihrer Mitglieder Rechnung getragen wurde, mit der stillen Hoffnung, daß aus der Geschichte nichts wird. Man lese die Nr. 21 des Verbandsorgans der Bäcker „Die Einigkeit“. Welch ein Hohn in bezug auf die Einigkeit. Da werden zehn Punkte aufgestellt, von denen die ersten sechs von den anderen beteiligten Organisationen abgelehnt werden, weil, wenn sie tatsächlich angenommen wären, die Schaffung eines Verbandes innerhalb der zu gründenden Großorganisation bedeutet hätten. Das besagt auch der Punkt 10, daß eine Ueberleitung der nach Berlin in den Hauptvorstand gewählten Kollegen nur dann möglich ist, wenn eine passende Wohnungsverhältnisse geschaffen werden kann. Wie es gegenwärtig mit der Beschaffung von Wohnungen aussieht, wissen auch die Hamburger; aber Zeit gewonnen, alles gewonnen. — Durch die Ablehnung der ersten sechs Punkte erklärt sich der Beirat als völlig unbefriedigt und erklärt am Schluß seiner Entschließung wörtlich:

„Am übrigen erklärt der Beirat, daß die bisherigen Verhandlungen das Gefühl auslösten, als handle es sich um die Uebernahme einer Organisation statt einer Verschmelzung zu einem Verbände, der von vornherein die Sicherheit eines gemeinsamen geordneten Arbeitens in sich trägt.“

Also wir zerschlagen unser ein Menschenalter so gut bewährtes Organisations- und Unterstüßungssystem, was uns groß gemacht und mit den Buchdruckern in eine Front stellt, nur um 52 Proz. weiblicher Mitglieder der Bäcker uns aufzuballen. Das verstehe wer kann! Wenn nun auf unserer letzten Beiratsitzung der 2. Vorsitzende des Demag. beschwichtigte, indem er sagte, wir sollten das nicht so ernst nehmen, man wolle durch diese Entschließung nur versuchen, herauszuholen, was herauszuholen ist, so spricht doch die „Einigkeit“ eine ganz andere Sprache, da sie die Entschließung mit dem Schlußsatz am Ende ihres „Geschichtlichen Ueberblickes“ in der Verschmelzungsfrage bringt und sofort den Mitgliedern die Diskussion überläßt. Mit andern Worten, den Mitgliedern wird imputiert, es handle sich jetzt nicht mehr um eine Verschmelzung, sondern Uebernahme, also, der kommende Verbandstag soll sich absehnend verhalten. Ich nenne das allerdings an den Sesseln kleben. Bemerkenswert ist, daß die Einigkeit bis dato keinen diesbezüglichen Diskussionsartikel gebracht hat. Das erweckt alles andere, nur nicht den Eindruck zum guten Willen zur Verschmelzung. Sei es nun wie es will, mit der Tatfache haben wir uns abzugeben, daß der kommende Verbandstag den gordischen Knoten löst und deshalb muß in der jetzigen Diskussion auch der vorliegende Satzungsentwurf unter die Lupe genommen werden, unbeschadet dessen, daß nach Meinung des Kollegen Bäckert an diesen Grundlinien nichts mehr geändert werden kann. Ich stimme mit Kollegen Nieber überein, daß dann eine Diskussion allerdings überflüssig ist. Wenn wir aber Gutes zerschlagen, um Schlechteres einzutauschen, so läßt sich eine Kritik nicht verbieten. Da ist zunächst der § 11, Ziffer 2 und 3, der in der Praxis das Weiterbestehen der einzelnen Verbände in der Großorganisation bedeutet und dann die Wurzel alles Übels ist. Ob man sich bei der Formulierung dieses Paragraphen nicht bewußt war, was das bedeutet? Fast scheint es so. Welche Unmöglichkeiten sich ergeben, hat Kollege Liek recht anschaulich bereits geschildert. Wir fordern, daß jeder Wahlkreis seine Kandidaten nominieren und die Wahl entscheidet; gleichgültig, welcher Sektion die Kandidaten angehören. Das ist wahre Demokratie. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, als ob dieser Paragraph die Verschmelzung verhindern soll. Bezüglich der Monatsabrechnung wird der kommende Verbandstag zweifellos eine Mehrheit für Quartalsabrechnung bringen? In der Unterstüßungsfrage bringen wir das größte Opfer. Bis zu 30 Tagen bei 572 Beiträgen leisten wir Verzicht. Da die ganze Verschmelzung lediglich auf Kompromisse aufgebaut ist, mußte das Opfer gebracht werden. Die Mitglieder haben sich in der Urabstimmung auch dafür entschieden; nicht aber, daß die Unterstüßungsperiode 78 Wochen weglassen soll. Das ganze Unterstüßungswesen ist ein ganz wesentlicher Faktor aller Gewerkschaften und bei der materialistischen Einstellung der Mitgliedschaften ein hervorragendes Agitationsmittel. Weshalb hier eine Verlängerung der Periode? Waren bei 572 Beiträgen 120 Tage für uns

tragbar, so sollte bei einer solch großen Kürzung von 30 Tagen die Unterstüßungsperiode nicht länger wie bisher bei uns, also 65 Wochen betragen. Nun zur Alters- und Invalidenunterstützung. Zu diesem neuen Zweig des gewerkschaftlichen Unterstüßungssystems haben wir keinerlei Erfahrungen, auch haben noch bei weitem nicht alle Gewerkschaften deren Einführung. Haben wir bisher noch keinen Beitrag erhoben, so soll in der neuen Organisation ein verhältnismäßig hoher Beitrag gezahlt werden, ohne daß die Unterstüßungslage irgendwelche Erhöhung erfahren. Richtiger wäre es, zunächst einmal in der neuen Organisation ein Jahr ohne Beitragserhebung die Geschichte laufen zu lassen, dann sind bereits Unterlagen vorhanden, und kann dann die Höhe des Beitrags ermittelt und auch die voraussichtliche Höhe der Unterstüßungslage. Eine Beitragserhebung in der vorgeschlagenen Form halte ich für ausgeschlossen; solche ist in reinen Berufsverbänden wohl durchführbar, nicht aber bei unserem gemischten Verband. Es ist an sich schon nicht möglich, überall den statutarischen Beitrag von 2 1/2 Proz. durchzuführen; einmal wegen der materialistischen Einstellung der Mitglieder, dann aber auch der gegnerischen Verbände wegen, wie die Christen, die immer um 20 Pf. hinter unserem Beitrag zurückbleiben. Auch eine Werbekraft liegt in der vorgeschlagenen obligatorischen Einführung dieser Unterstüßungsart keineswegs, sondern wirkt im Gegenteil hinderlich. Es werden z. B. Kollegen älterer Jahrgänge, die da glauben im Betrieb festhaft zu sein, sich wohl bereit erklären, einen diesbezüglichen Beitrag zu leisten, anders dagegen die jüngeren Jahrgänge, die an alles andere eher denn daran denken, daß sie auch einmal alt oder vor der Zeit Invalide werden könnten. Hier stoßen wir aber auf den ersten Widerstand. Schlimmer noch liegt es bei der Werbung neuer Mitglieder oder Uebertritten in den Betrieben. Keir Mensch weiß, wie lange er im Betrieb Arbeit hat und wenn er einige Jahre gezahlt, dann arbeitslos wird und gezwungen ist in anderen Berufen zu arbeiten, hat umsonst gezahlt, da er sich im neuen Beruf überschreiben lassen muß. Damit rechnen alle Kollegen. Bei solchen Kollegen, die nur während der Hochkonjunktur als sogenannte Saisonarbeiter beschäftigt werden, liegt die Sache genau so. Bei Uebertritten genügen nach der Vorlage 260 Beiträge, um in den Genuss der Unterstüßung zu kommen. Hierin liegt eine Benachteiligung derjenigen Kollegen, die dann jahrzehntelang gezahlt haben. Es ergeben sich Widerstände, die gar nicht voraussehen sind. Wenn schon weiblichen Mitgliedern bei ihrer Verheiratung 80 Proz. der Zuschläge zurückgezahlt werden, weshalb dann nicht den Mitgliedern, die aus bestimmten Gründen ihren Beruf wechseln müssen. Ich stehe auf dem Standpunkt, solange nicht alle Gewerkschaften diesen Unterstüßungsweig (und zwar muß dieser einheitlich sein) eingeführt haben, soll man keine obligatorische, sondern fakultative Einrichtung dieser Art im neuen Verband treffen. Man scheint sich am grünen Tisch gar nicht bewußt zu sein, wie man hinter jedem einzelnen Kollegen herlaufen muß, um Mitglieder zu gewinnen, besonders hier im schwarzen Osten. So hat sich gewiß kein Mensch die Verschmelzung vorgestellt, indem wir allein die größten Opfer auf Kosten unserer Mitglieder bringen. Ich bin noch nie ein Freund der Verschmelzung gewesen, obwohl ich zugebe, daß es für Danzig und auch in manchen Orten im Reich zum Vorteil gereichen würde, deshalb habe ich mich auch aus gewerkschaftlicher Disziplin damit abgefunden. Aber meine schärfsten Erwartungen sind durch den Satzungsentwurf weit übertroffen worden. Nichts, aber auch gar nichts ist enthalten, daß die Rechte unserer Mitglieder wahr, nur Verschlechterungen auf der ganzen Linie und jagen uns damit die Mitglieder fort, wie man es jetzt schon zu hören bekommt. Solche Art Verschmelzung lehnen wir ab und wird der kommende Verbandstag noch ganz erhebliche Verbesserungen vornehmen müssen und auch dann ist bei der Einstellung der Bäcker kaum zu rechnen, daß sie eine Mehrheit für die Auflösung ihres Verbandes aufbringen. Was ist aber vorgesehen, wenn eine Organisation nicht mitmacht? Geht den Fall, die Fleischer, Böttcher und wir lösen die Verbände auf, die Bäcker aber wollen selbständig weiter bestehen, dann müßte die Arbeit m. E. von vorn beginnen oder ist die Vorbedingung zur Verschmelzung nur durch den Zusammenschluß der vier Verbände nur gegeben? Der kommende Verbandstag wird manche Ruß zu knaden haben und wenn nur

**Ueber Rundfunk und Gewerkschaften**

schreibt H. Böhmer in „Die Freie Gewerkschaft“:

In jedem Menschen lebt ein Bedürfnis nach Schönheit, Klarheit und Wissen. Besonders stark ist dies Bedürfnis bei denen ausgeprägt, deren Leben zum größten Teil in einem Schweben an den mechanischen Arbeitsprozess besteht. Fast ausschließlich ist die Arbeiterschaft in die Fesseln der mechanischen und rationalisierten Tätigkeit verwickelt. Deshalb ist es verständlich, daß der Wille, sich mehr zu erheben als die Existenzmittel, immer größeren Boden findet. Oft wird die Behauptung aufgestellt, daß der Arbeiter, dem die Lebensfragen täglich das Leben erschweren, nur in der fetten Beiriedigung seiner physischen Bedürfnisse ein das Leben das einzige Ziel erblickt. Eine derartige Behauptung hat gar keinen Boden und kann nur von dem ausgesprochen werden, der niemals die Seele des schaffenden Menschen gekannt hat. Genau gibt es in der wertvollen Bevölkerung auch Leute, denen ein jählicher Bruch nach dazu ein guter Grund als höchste Ideale vorstehen. Ebenfalls sind weibliche Angehörige der arbeitenden Klasse vorhanden, deren Weltanschauung sich in dem Kampf nach weiserer Lebensgestaltung erschöpft. Aber man kann diese Erscheinungen nicht vernachlässigen. Der es ist, dem schließlichen ist die Frage gegenüber den überaus starken stützenden Kräfte, die Millionen zum Ausbruch bringen in dem Verlangen nach höherer Erziehung. Dieser Drang ist vorhanden und läßt sich nicht verdrängen.

Die Kulturwünsche der künftigen Gesellschaft nehmen keine Rücksicht auf jedes Hindernis, das bei den heutigen Arbeitsverhältnissen keine Stunde der Arbeitszeit ohne Leistung verstreichen lassen darf.

Man haben uns die gemeinsamen Erfahrungen vom Technik und Wissenschaft des letzten Jahrzehnts die Radiotechnik gebracht, die wohl als eine der größten Kulturvermittlungsmittel zu betrachten ist. Sie bietet die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Mitteln der Arbeiterschaft ein großes Stück Kulturland zu erschließen, wenn nicht verpasst wird, den Rundfunk der ganzen Arbeiterbewegung nutzbar zu machen.

In Deutschland sind nach etwa zweijährigem Bestehen rund 1 Million Funkhörer gemeldet. Mit Familienmitgliedern kommen also rund zweieinhalb Millionen Hörer in Frage, die den Darbietungen der Sendegesellschaften täglich folgen. Nach Ausführungen des Staatssekretärs Bredow gehören 90 Prozent der Funkhörer dem arbeitenden Stande an. Man kann annehmen, daß ein großer Teil dieser 90 Prozent den Ideen der Arbeiterbewegung indifferent gegenübersteht. Die schwer ist, und welche ungezählte Beranstellungen und Kräfte notwendig sind, um zu Landen sprechen zu können, weiß jeder, der mitarbeitete am großen Werk. Durch das Mikrophon kann ein bedeutender Kopf nicht nur Landen, sondern Hunderttausenden, ja Millionen in kurzer Zeit seine Gedanken entwickeln. Die nach dieser Richtung sich ergebenden Perspektiven sind unermesslich. Außerdem können jene Kulturgenie dem Volkstagen erschlossen werden, die ihn zu der Persönlichkeit machen, so die heutige Zeit braucht. Das weite Bildungsgebiet der Wissenschaften kann erschlossen werden. In den meisten Fällen bringt ein stichwort Weisheit. Alte, ängere Formen der Kunstausübung werden ersetzt durch lebensfähigere, wozu die Technik nur ein Mittel in die Hand gibt. Damit hört die Kunst auf, ein Vorrecht des Besitzenden und des „Kunstsinners“ zu sein, sie wird populär werden. „Kunsten“, „Kunsten“ wird das managenheim sein und notwendig wird er auf den ungenügenden „Köbel“ herabsehen. Aber die Belle der demokratischen Tendenzen, die durch das Radio auch in der Kunst zum Ausdruck kommt, wird auch über diese „Kunsten“ hinweggehen. Wir haben alle Ursache, um die „populäre“ Kunst zu kämpfen. Der Kampf um die Kunst der Zukunft, die jedem zugänglich ist, lohnt sich. Das beste Werkzeug dazu ist das Radio. In demselben Maße wird sich die Wirklichkeit des Rundfunks auf die Berichtserstattung, die bisher die Presse ausübte, auswirken. Wenn in den Parlamenten einmal das Mikrophon seinen Zweck erfüllt, wird jede lägenhafte, tendenziöse Berichtserstattung aufhören müssen.

Man erkennbar ist, daß hier ein Instrument geschaffen wurde, dessen Einfluß einzig dastehen wird und gegen dessen Macht ein Kampf ein erfolgloses Beginnen sein wird. So betrachtet, kann es der Arbeiterbewegung, insbesondere den Gewerkschaften, nicht

gleichgültig sein, in wessen Händen sich diese heranwachsende Großmacht befindet. Diese Frage berührt unsere tiefsten Lebensinteressen. Die verantwortungsvolle Pflicht gegenüber der nachfolgenden Generation muß die lebende zwingen, der Arbeiterchaft rechtzeitig den Einfluß beim Rundfunk zu sichern, der notwendig ist, um den entstehenden Gefahren zu wehren und die unermesslichen Vorteile auszunutzen. Verpakte Gelegenheiten scheinen auf diesem Gebiete schon vorhanden zu sein. Das Rundfunkwesen in Deutschland beruht auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage. Programmgestaltend sind Sende-Altengesellschaften. Das Kapital ist zu 51 Prozent im Besitz der Reichspost. 49 Prozent der Aktien befindet sich in Privathand. Ohne Kenntnis der Öffentlichkeit wurde die Bildung der Sende-Unternehmungen in die Wege geleitet.

Darum ist zu verzeichnen, daß beispielsweise die Aktien der Westdeutschen Funktunde A.-G. in Münster zu 49 Proz. restlos den Handelskammern in Westfalen, also rein einseitig eingestellten Unternehmerorganen, gehören. Die Programmgestaltung steht unter einem dementsprechenden Einfluß, der von außerordentlicher Wirkung auf die breiten Volksmassen ist. Welche Gefahr sich daraus für die gesamte Arbeiterbewegung ergibt, ist klar zu erkennen, wenn man bedenkt, daß die Radiotechnik heute schon so weit vorgeschritten ist, selbst dem Ärmsten es zu ermöglichen, sich wenigstens einen Empfangsapparat zu bauen. Die Abwehr der Gefahren kann nur durch den Zusammenschluß der Funkhörer erfolgen. Eine starke Organisation ist ein zwingendes Bedürfnis. Es soll diese natürlich nicht etwa einer von den vielen überflüssigen Vereinen sein. Es ist die Frage zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig ist, aus ihr eine Arbeiterfunkgesellschaft auf gewerkschaftlicher Basis entstehen zu lassen, die in der Lage ist, eigene Arbeiterfunkender aus den Funkhörerbeiträgen der Arbeiterchaft zu bauen und zu unterhalten. Es besteht zwar schon eine Reichsorganisation, der Arbeiter-Radio-Club e. V. in Berlin, die aber scheinbar noch nicht recht Boden gefaßt hat, weil die anderen Arbeiterorganisationen dem ganzen Problem noch gleichgültig gegenüberstehen. Eine Aenderung der Dinge ist unbedingt notwendig, und deshalb sollte jede Kulturorganisation es sich

die Verschmelzung der Böttcher mit uns erfolgt, so war die Arbeit nicht umsonst, denn hier haben wir es mit einer gut durchorganisierten Truppe zu tun, die unseren Kollegen Brauern ebenbürtig sind und brauchen an unsern jetzigen Satzungen nur wenig zu ändern, und die Kollegen Böttcher würden dabei nur gewinnen. Rüst er, Danzig.

Motto: „Die werd ich nun nicht los, Die Geister die ich rief!“ (Zauberlehrling, Goethe.)

So werden viele Kollegen die mit mir für eine Verschmelzung waren ausrufen, nachdem sie den neuen Satzungsentwurf gelesen haben. Wenn unser Kollege Badert glaubt, daß der Entwurf Gesetz werden soll, dann findet die Verschmelzung nicht statt. Es steht fest, wäre der Satzungsentwurf vor der Urabstimmung veröffentlicht, dann wäre eine Mehrheit für die Verschmelzung auch in unserer Organisation nicht zustande gekommen. Es sind bis jetzt von den Kollegen Tief-Braunshweig, Bieber-Freiburg, Krämer-Nürnberg, Fiedler-Sonneberg in unserer Verbands-Zeitung Kritiken über den Satzungsentwurf gebracht worden. Ich bin vom Vorstand des Ortsvereins Hamm beauftragt zu erklären, der Satzungsentwurf steht unter aller Kritik. Hat man am grünen Tisch schon kein Verständnis mehr für die Nöte und Belange der Kollegen? Soll der Sanitäts-Bureaukratie auch in unserer alterproben Kampforganisation seinen Einzug halten? Haben die zahlenden Mitglieder des Verbandes kein Bestimmungsrecht mehr — dann treiben wir dem Untergang entgegen. O heiliger Glaube an unsere großen Ideen. Sind unsere Gewerkschaften schon zu staatlich subventionierten Einrichtungen geworden wie die Ideen eines Nazareners? Ich stelle alle diese Fragen, weil der Satzungsentwurf nur Pflichten und keine Rechte für die Kollegen vorstellt. Also mit dem Entwurf in den Ortus mit samt der Verschmelzung. Kollegen, bestinnen wir uns auf uns selbst, und lassen wir uns unsere Rechte nicht durch die Verschmelzung nehmen. Wir bauen unser altes Haus, den Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, weiter so aus wie wir es bisher gewöhnt sind, dann werden wir viel besser unsere Rechte wahren können, als in dem schon im voraus wackelnden Neubau. Franz Mengerlinghausen, Hamm.

Die Verschmelzung mit den vier Verbänden begrüßen wir. Eins begrüßen wir besonders und hoffen, daß es auch soweit kommt: Die Verschmelzung mit den Rüstern, denn hiermit wäre dann ein großer Schritt vorwärts getan und die Grenzstreitfragen damit aufgehoben. Aber eins kann ich nicht verstehen, daß man den Vätern den Redakteurposten geben will, und zwar dem Kollegen Bankes, der doch Vertreter des Gemeindebestimmungsrechts ist und den Gedanken vertritt, daß die Trockenlegung Deutschlands kommen muß. Er arbeitet doch damit gegen unseren Beruf in der Getränkeindustrie. Dann hat er doch schon Artikel in der Zeitung gebracht und behauptet, daß Alkohol Gift sei und diesen Standpunkt vertritt er heute noch. Da bin ich schon der Auffassung, daß man einem Gegner nicht den Redakteurposten geben soll, denn sonst würde er noch mehr die Presse vergiften. Somit wäre es besser, man gibt ihm einen anderen Posten in der Hauptverwaltung, aber niemals den Posten als Redakteur in unserer Verbandsorgan. Max Kirchner, Heibelberg.

Soziales Recht.

Infizierung durch Rattenurin oder Müdensich ein Betriebsunfall.

Der Ehemann der Witwe Frieda Knorr war am 30. Juli 1924 vom Arbeitsnachweis Biegnitz für Räumung des Mühlgrabens vermittelt worden. Er trat somit ab 31. Juli 1924 bei der Stadt Biegnitz in Diensten. Schon am 4. August mußte Knorr wegen einer plötzlich auftretenden Krankheit ins Krankenhaus Bethanien eingeliefert werden. Derzeit wurde von dem behandelnden Arzt der Verdacht der Weilschen Krankheit geäußert, die durch Übertragung von Krankheits-

erregern ihre Ursache hat. In kurzer Folge trat Verschlimmerung des Krankheitszustandes ein und auch der Tod. Kurz nach erfolgtem Tode wurde bei der Stadt der Antrag auf Rente gestellt, die jeden Anspruch ablehnte, da Betriebsunfall nicht vorliege. Erst die Spruchkammer des Oberversicherungsamtes Biegnitz (Protokolle: 1925, Nr. 2 U. Staats- und Komm.-Betriebe) hat in der Sitzung zu Biegnitz vom 25. Juli 1925, für Recht ertannt:

Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 9. Februar 1925 verurteilt, der Klägerin vom 15. August 1924 ab die gesetzliche Hinterbliebenenrente zu gewähren:

Gründe:

Durch Bescheid des Beklagten vom 9. Februar 1925 wurde der Antrag der Klägerin auf Gewährung von Hinterbliebenenrente für ihren an den Folgen einer Infektionskrankheit im Betriebe der Stadtgemeinde Biegnitz verstorbenen Ehemann abgelehnt, da Infektionskrankheiten nicht zu den Krankheiten rechnen, die man sich durch einen Betriebsunfall zuziehen kann.

Der Ehemann der Klägerin sei zwar nach den Angaben der Ärzte an den Folgen einer Infektionskrankheit (Weilschen Krankheit) gestorben, was jedoch nicht ausschließe, daß diese Infektion auch auf andere Ursachen als die Räumung des Mühlgrabens zurückzuführen sei. Der Bescheid stützt sich auf das Gutachten des Sanitätsrates Dr. Roemer in Biegnitz vom 25. Oktober 1924 (Blatt 9 und 10), auf dessen Inhalt Bezug genommen wird. Gegen diesen Bescheid hat die Klägerin Berufung eingelegt mit der Begründung, daß die Krankheit ihres verstorbenen Ehemannes von dem fauligen Wasser und den Rattenbajillen des Mühlgrabens herrühre, an dessen Räumung er mitgeholfen habe. Ihr verstorbenen Ehemann sei vor diesem Ereignis ein gesunder Mann und fast nie krank gewesen.

Der Bescheid hat zu der Berufungsschrift Stellung genommen und erklärt, daß sich mit Sicherheit niemals feststellen lassen werde, ob der Tod des verstorbenen Ehemannes der Klägerin eine Folge der Mühlgrabentrümmerung gewesen sei, zumal ein dergleichen Fall noch niemals eingetreten sei, trotzdem die Räumungsarbeiten alljährlich zweimal vorgenommen werden.

In der mündlichen Verhandlung hat der Vertrauensarzt des Oberversicherungsamtes Sanitätsrat Dr. Storb in Biegnitz sich auf Grund der Akten gutachtlich wie folgt geäußert:

Der Verstorbene ist von mir etwa in der Zeit vom 4. bis 9. August 1924 im Diakonissenhaus „Bethanien“ behandelt worden. Es bestand damals schon der Verdacht auf Weilsche Krankheit. Nach den Akten schließe ich mich dem Gutachten des Herrn Sanitätsrat Römer (Blatt 9 und 10) hinsichtlich der wissenschaftlichen Ausführungen an. Die Möglichkeit der Übertragung ist m. E. zweifellos, die durch Ratten, speziell durch deren Urin, die durch Stechmücken tritt hiergegen wohl zurück. Daß der Mühlgraben durch Rattenurin infiziert gewesen sein kann, ist ohne weiteres zuzugeben. Es besteht daher sehr wohl die Möglichkeit, daß die Krankheit die direkte Folge der Mühlgrabenarbeiten darstellt, also auch als Betriebsunfall aufzufassen ist. Beweisen wird sich dies wohl durch nichts lassen.

Es war wie geschehen zu erkennen.

Auf Grund des ärztlichen Gutachtens des Sanitätsrates Dr. Storb ist das Oberversicherungsamt zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit überwiegender Wahrscheinlichkeit die Krankheit und der darauf folgende Tod des Ehemannes der Klägerin die direkte Folge der bei den Mühlgrabenarbeiten entstandenen Infektion gewesen sind. Es handelt sich somit um einen Betriebsunfall, da der Verstorbene der Gefahr, der er ausgesetzt ist, durch seine Betriebsbeschäftigung ausgesetzt war.

Der Bescheid der Beklagten vom 9. Februar 1925 war daher aufzuheben und der Klägerin die gesetzliche Hinterbliebenenrente vom 15. August 1924 ab zuzusprechen.

Der Rekurs beim Reichsversicherungsamt in Berlin wurde in der Sitzung vom 27. November 1925 (Mtz. Ia 2049/25) zurückgewiesen.

Gründe:

Das Reichsversicherungsamt ist dem angefochtenen Urteil des Oberversicherungsamtes unbedenklich gefolgt. Daß die Anstetzung des verstorbenen Tiefbauarbeiters Karl Knorr mit der Weilschen Krankheit bei den Arbeiten im Mühlgraben erfolgt ist, läßt sich zwar nicht mit völliger Sicherheit feststellen. Da aber, wie die gehörten Sachverständigen übereinstimmend bekundet haben, Ratten die genannte Krankheit übermitteln, da ferner an der genannten Arbeitsstelle Ratten bzw. ihr Urin vorhanden war und somit eine erhöhte Anstetungsgefahr bestand, und da endlich der Zeitpunkt der Erkrankung bei der Arbeit möglichst erscheinen läßt, hielt der Senat eine überwiegende Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs zwischen der Betriebs-tätigkeit und dem Ausbruch der Krankheit für gegeben, daß sich darauf vernünftigerweise die richterliche Ueberzeugung zu gründen vermag. Zu berücksichtigen war dabei, daß auch die Gefahr einer Übertragung der Krankheit durch Stechmücken bei der Arbeit in

dem Mühlgraben besonders groß war. Angesichts der Tatsache, daß zur Anstetzung ein kurzes plötzliches Ereignis, nämlich die einmalige geeignete Berührung mit dem Anstetzungsfloß, genügt, war somit das Vorliegen eines Betriebsunfalles anzuerkennen. Der Rekurs der Beklagten war deshalb als unbegründet zurückzuweisen.

Bewegungen im Berufe.

Die Lohnbewegung in der ostpreussischen Brauindustrie.

Mit dem 30. April d. J. liefen die Lohnvereinbarungen für die gesamte ostpreussische Brauindustrie ab, nachdem sie fristgemäß von der Arbeitnehmerorganisation gekündigt waren. Forderungen wurden den Brauereien in Höhe von 20 Prozent mehr auf die bestehenden Löhne zugestellt. Man hätte erwarten können, daß die Brauereien diese Forderungen, unter Berücksichtigung der niedrigen Löhne hier in Ostpreußen, anerkennen würden. Aber weit gefehlt. Die Kollegen mußten erst zeigen, daß sie gewillt sind, ihre Forderungen auch mit dem größten Nachdruck zu vertreten. Die Brauereien lehnten zunächst jede direkte Verhandlung ab und ließen durch ihre Syndikate erklären, daß die Höhe der Forderung eine Verhandlung für zwecklos erscheinen lasse. Der Arbeitgeberverband in Königsberg rief seinerseits den Schlichtungsausschuß an, wohl in der Annahme, einen für sich günstigen Schiedsspruch zu erreichen, hatte doch derselbe Schlichtungsausschuß schon Schiedssprüche für andere Industriezweige von 2 bis 3 Pf. Lohnzulage pro Stunde gefällt. In den Vorverhandlungen beim Schlichtungsausschuß machte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes auf Veranlassung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses einen Vorschlag, der dahin ging, die Löhne der Brauereiarbeiter um 1 1/2 bis 2 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Damit waren die Vorverhandlungen gescheitert. Der Schlichtungsausschuß fällt nun einen Schiedsspruch, der die Löhne aller männlichen Arbeitnehmer um 6 Pf., die der weiblichen Arbeitnehmer um 5 Pf. pro Stunde erhöhte. Diese Zulage sollte ab 1. Mai 1927 bis 30. April 1928 Geltung haben. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Darauf beschloßen die Königsberger Kollegen in geheimer Urabstimmung den Streik. Jetzt sagten die Brauereien Verhandlungen zu. In diesen wurde dann seitens der Brauereien ein Vorschlag gemacht, der dahin ging, die Zulage, wie sie der Schiedsspruch vorsieht, anzuerkennen, die Geltungsdauer der Löhne auf ein halbes Jahr festzusetzen und außerdem noch die Probationslöhne für das Fahrpersonal zu erhöhen. Dieser Vorschlag war Gegenstand einer Erörterung in stark besuchten Brauereiarbeiterversammlungen, die mit Mehrheit demselben zustimmten. Die erreichte Zulage beträgt, prozentual ausgedrückt, für die Männer durchschnittlich 11 Prozent, für die Frauen 14 Prozent. Sie wäre nicht erreicht worden, wenn nicht alle Kräfte zusammengepackt wurden, um den Bestrebungen der Arbeitgeber wirksam entgegenzutreten zu können. Mögen die Kollegen in der Brauindustrie Ostpreußens daraus die Lehre ziehen, daß nur eine einheitlich zusammengeschlossene Kollegenchaft auch in der Zukunft in der Lage sein wird, Verbesserungen ihrer Lage zu erzielen. Das gilt besonders für diejenigen Kollegen, die glauben, noch anderen, für unseren Industriezweig nicht zuständigen Organisationen angehören zu müssen und dort ihre Interessenvertretung gewährt zu sehen. Sie müssen bei objektiver Würdigung der Sachlage einsehen, daß sie dort nur ihre Beiträge zahlen, ihre Interessenvertretung aber nur wirksam vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter geschieht, denn sie nehmen jetzt an den Erfolgen mit teil, die durch unsere Organisation erreicht wurden.

Mit der Lohnbewegung in Königsberg war diese auch gleichzeitig für die Elbinger Kollegen mit abgeschlossen. Auch hier glauben noch einige Kollegen ihre Beiträge dem christlichen Verband geben zu müssen, andererseits aber die Erfolge unserer Organisation mit einzutreiben zu können. Ist das Solidaritätsgefühl?

Die Verhandlungen mit den zum Brauereiverband für Ermeland und Masurien gehörenden Brauereien fanden anschließend an die Königsberger statt, gleichzeitig für Insterburg und Elst. Hier wurden ebenfalls Lohnzulagen von durchschnittlich 10 bis 15 Prozent erzielt. Nur einige Brauereien, wie Bischofsburg und Goslab, glauben sich den Vereinbarungen nicht in voller Form anschließend zu können. Die Kollegen haben dafür zu sorgen, daß diese Bestrebungen der Brauereien rechtzeitig durchkreuzt werden. Das kann dadurch geschehen, daß sie sich um so fester zusammenschließen, um gegebenenfalls den richtigen Schritt unternehmen zu können.

angelegen sein lassen, an dieser wichtigen Arbeit zu helfen. Diese junge Radioorganisation braucht einen Untergrund, den nur schon bestehende festgefügte Arbeitervereinigungen bilden können.

Wie kam ich zum Verband?

Von B. Pscudi.

V.

Verbandsarbeit.

Mit noch nicht 23 Jahren wurde ich zur Jahrestagung der für unseren Ortsverein zuständigen Agitationskommission mit delegiert. Ich stimmte dort mit den Kollegen, die für eine Verkleinerung des Agitationsbezirk eintraten, und setzte mich in meinem Ortsverein für die Bildung einer weiteren Agitationskommission ein. Nach gegenseitiger Verständigung mit einer Anzahl Ortsvereine bekamen wir den Sitz der neuen Kommission. Unser Vorsitzender übernahm auch den Vorsitz in der Agitationskommission, ich wurde Korrespondent und Schriftführer und erhielt noch im selben Jahre auch den Vorsitz der Kommission noch zugesprochen. Ich habe später immer mit Genugtuung auf die Erfolge, die diese Kommission und der spätere Gewerkschaft, dem ich gleichfalls angehörte, zu verzeichnen hatte, zurückgeschaut. Mancher heute in unseren Tarifverträgen verantwortliche und von Unternehmenseite hart umkämpfte Grundsatz entsprang unserer Gemeinschaftsarbeit.

Leicht wurde mir die Betätigung für den Verband nicht gemacht. In der Arbeit hocte man mir beständig auf den Fersen. Mit vereinzelten Ausnahmen wurde jahrelang die zwischen Sonnabend abend und Montag morgen liegende Freizeit auf der Bahn, auf den Bänken der Wartehäuser, in Versammlungen und in den Schaulokalen der Brauereien anderer Orte verbracht. Jahre hindurch sah ich vom Sonnabend früh bis Montag abends selten ein Bett. Dadurch sparte auch der Verband, denn es wurde immer nur die Fahrt für die niedrigste Wagenklasse, sowie die tatsächlich gemachten Auslagen liquidiert. 5 Mk. pro Tag war die Höchstgrenze. Zwei Jahre nach dem im vorigen Absatz erwähnten Vertrags-

abschluß trat in meiner Arbeitsstelle Braumeistertwischel ein. Ich atmte auf, weil einen größeren Verbandsgegner wie mein Meister ich mir nicht denken konnte. Ich täuschte mich nicht. Die beiden Braumeisternachfolger, unter denen ich in dem Betrieb noch tätig war, räumten mir für die Verbandsarbeit wesentlich mehr Ellenbogenfreiheit ein. Ich durfte sogar wochentags von der Arbeit wegbleiben, ohne daß mir in jedem Falle der Lohn deshalb gekürzt wurde. Als eines Tages meine Entlassung wegen angeblichen Arbeitsmangels eintrat und infolgedessen der Betrieb durch Arbeitsniederlegung stillgelegt wurde, erklärte mein damaliger Braumeister der Verhandlungskommission der Brauereivereinigung, daß weder meine Leistungen noch mein Dienstalter zur Entlassung berechtigten. Alle Streikenden, ich an der Spitze, zogen am vierten Streiktag nach der Mittagstunde unter den Klängen einer Ziehharmonikafabelle wieder in den Betrieb. Ich blieb von nun an unbehelligt. Es kümmerte sich niemand mehr darum, was ich während meiner Freizeit tat.

Die mir wiederholt angebotenen Vorderburschenstellen lehnte ich ab, weil ich ein sah, daß sich meine harte Betätigung für den Verband mit einer Vorderburschenstelle nicht vereinbarte. Als Anstieher in der fliegenden Kolonne konnte ich ohne Schwierigkeit jederzeit im Betrieb entbehrt werden.

Mit der Anstellung der ersten sechs Gauleiter 1904 bekamen die Pioniere der damaligen Zeit wesentliche Erleichterungen. Was ich von dieser Zeit ab tat und meine derzeitige Betätigung braucht weniger zu interessieren. Aber noch immer erinnere ich mich gern der erlebten Epochen und Anforderungen im Verbandsleben vor mehr als drei Jahrzehnten. Ich kam der Einladung des Verbandsvorstandes, etwas von meinen Erlebnissen auf dem Gebiete der Verbandsförderung wiederzugeben, um so lieber nach, als es ohnehin in meiner Absicht lag, dieselben festzuhalten. Und zwar den Jungen zu Lehr.

Die Raubanwendung.

Die Leser wollen verzeihen, daß ich bei vorstehenden Darlegungen etwas weit ausgeholt habe. Der Zweck war aber, darzutun, wie schon die Eindrücke und Erlebnisse in frühesten Jugend

auf die Grundeinstellung des Menschen für später einwirken. Ohne die in frühesten Jugend durchgeflossenen Härten würde z. B. ich in der Landwirtschaft festgehalten worden sein. Nach dem später sich eingestellten Ereignissen würde ich heute bestimmt Besitzer von drei mittelgroßen Bauerngütern sein und würde sicher meinen Latendrang der Agrarkultur nutzbar gemacht haben. Das tragische Geschick, wie ich mir meinen Beruf wählte, ließ mich vorerst an diesem haften. Die während meiner Jugend mir ungewollt suggerierte Abstinenz gegenüber allem Heimatlischen half mir über die unangenehmen Seiten der Wanderzeit usw. hinweg. Die nach meiner Lehrzeit überall vorgefundenen menschenunwürdigen Brauereiarbeiterverhältnisse pflanzten in mir den Drang nach Selbsthilfe. Und einmal auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Betätigung angelangt, erzeugte jeder noch so geringe Erfolg von neuem Reize. Die höchste Befriedigung finde ich heute noch in den an meinem Wirken für unseren Verband geknüpften direkten und indirekten Erfolgen, die mir öfter selbst nichts brachten, sondern anderen, auch meinen Gegnern zugute kamen. Raum ein anderer als der Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband war bezüglich gründlicher und grundsätzlicher Umgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, vor allem in den Brauereien, so starker Antriebsmotor. Unsere Jugend von heute lebt gegenüber uns vor 40 Jahren sorgenlos. Aber eins soll unsere Jugend sich tief ins Gedächtnis schreiben. Die jetzigen Verhältnisse sind einem jetzt gut organisierten wirtschaftlichen Gegner durch bald 40 Jahre langen gewerkschaftlichen Kampf abgetrotzt worden. Der wirtschaftliche Gegner wird, wie täglich hundende Beispiele zeigen, sich den für die Arbeiter günstigen Verhältnissen nur so lange unterwerfen, wie er unbedingt muß. Dieses muß hängt allein ab von dem Willen der Kollegen, von der Stärke, die sie im Verband verkörpern. Deshalb sollen unsere jungen Kollegen sich ähnlich wie einst wir Alten für den Verband betätigen. Sie müssen sich zum Abwehrkampf mit den wirtschaftlichen Gegnern präparieren. Wehe ihnen, wenn sie die gewerkschaftliche Dienstpflicht veräumen. Und zum Schluß ihr jungen Kollegen, vermerkt das Dichterwort: Was ihr ererbt von euren Vätern, erwerbt es, um es zu besitzen.

Die Lohnbewegung hat gezeigt, daß Fortschritte zur Hebung unserer gedrückten Lebenslage zu erreichen sind, wenn Zusammenhalt und Vertrauen unter sich und zur Organisation vorhanden sind.

Aus der Organisation.

Kassel. In der gut besuchten Versammlung am 12. Juli, welche im neu renovierten Gewerkschaftshaus stattfand, wurde eines Sterbefalles in der üblichen Weise gedacht sowie vier Kollegen, welche 25 Jahre dem Verbands angehören, vom Vorsitzenden beglückwünscht.

Die heutige gut besuchte Versammlung der Zahlstelle Kassel hat zu dem Entwurf zwecks Gründung eines Nahrungs- und Getreidearbeiterverbandes Stellung genommen und lebhaft diskutiert.

Oberschwaben. Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung haben sich am 19. Juni die Brauereiarbeiter von Oberschwaben, Illm, Geisingen, Pfälingen usw. und dem angrenzenden Bayern, Baden und der Schweiz zu einem Bezirkskongress zusammengefunden.

tariflich festgelegt ist, vom Arbeitgeber in Anspruch zu nehmen. Die Verschmelzungfrage streifend, bemerkte der Redner, daß wir vor einer geschichtlichen Wendung unserer Organisation stehen.

In der Diskussion schilderte Kollege Holzjurtner die Entwicklung der Organisation in Oberschwaben und zeigte an treffenden Beispielen, was für Kämpfe es gekostet hat, die Anerkennung derselben zu erzwingen.

Kollege Hoffmann, Jahn, übte scharfe Kritik, daß sich einzelne Kollegen immer wieder herbeilassen, hinter dem Rücken der Verbandsleitung mit den Unternehmern Separatverhandlungen zu führen.

Rundschau.

Aus dem Paradies der Abstinenz. Mehr Alkoholtodesfälle trotz Prohibition. Seit 1920 um 260 Proz. gestiegen.

In einer Rede über Todesfälle durch Alkoholismus in den Vereinigten Staaten in ihrem Verhältnis zur öffentlichen Gesundheit erklärte kürzlich Matthias Nicoll jr., Gesundheitskommissar des Staates New York, auf der Jahreskonferenz öffentlicher Gesundheitsbeamten, daß die Zahl der übermäßigen Trinker in den Vereinigten Staaten gegenwärtig so hoch sei, um ein ernstes Problem zu bilden.

Inm Jahre 1920 erreichten die Todesfälle durch Alkoholismus ihren niedrigsten Stand, erklärte Dr. Nicoll, doch seitdem haben sich die Todesfälle um 260 Proz. vermehrt, während in einzelnen Staaten, wie Maryland, Missouri, Delaware und Illinois die Vermehrung sogar über 500 Proz. betrug.

Die ernste Natur dieses Problems würde durch die Tatsache hervorzuheben, fügte der Redner hinzu, daß die Zahl der Todesfälle, die vom Bundesgesundheitsbureau auf Alkoholismus und Leberzirrhose (Säufeleber) zurückgeführt werden, von 1920 bis 1925 insgesamt 57 000 betrug, die aber bei weitem nicht die wirkliche Anzahl dieser Todesfälle repräsentiert und auch die stetig steigende Anzahl von Todesfällen durch Unglücksfälle oder Gewalttaten, für die übermäßiger Alkoholgenuß die unmittelbare Ursache bildet, unerwähnt läßt.

Prohibitionsfrage.

So nennt der „Vorwärts“ Nr. 19 das Prohibitionstreiben der Washingtoner Regierung, und er fügt hinzu nach Heine:

Ich weiß, sie trinken heimlich Wein und predigen öffentlich Wasser.

Stimm!

Schriftenanzeigen.

Grundfragen des Arbeiterrechts. Fünf Vorträge von Hugo Einsele, Georg Flatow, Heinz Rathhoff, Clemens Köppl, Eug Richter. Herausgegeben von Gertrud Ferrus. 54 Seiten. 1927. Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. G. m. b. H. 1,50 Mk.

Die Profrage will den Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen arbeitsrechtlichen Praxis und der Wissenschaft befestigen. Sie bietet nicht eine Einführung in Gesetzestexte und Verordnungen ihrem Vorwort nach, sondern stellt das große Gebiet des Arbeitsrechtes in seinen wissenschaftlichen, politischen und sozialpädagogischen Beziehungen dar.

Das Arbeitsrechtsgesetz vom 23. Dezember 1926. Textausgabe, ist vom Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen Einzahlung von 4 Pf. für das Stück zu beziehen. Bei Nachbestellung wird ein größerer Preisnachlaß gewährt. Bestellungen an das Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeiger Str. 32, erbeten. Postcheckkonto Leipzig 65 159.

Cartoniers: „Bericht über die Arbeiterbewegungen“. Preis gebunden 2,50 RM., in Leinen 3 RM. Industrieverlag G. m. b. H., Berlin NW 40.

Verbandsnachrichten.

Verbandsrat, Redaktionen und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichs-Lager 3, Jannichstr. 43/44.

27. Beitragswoche vom 26. Juni bis 2. Juli

Genehmigte Lokalbeiträge.

Leipzig 15 Pf. pro Woche.

Eingänge der Hauptkasse

vom 20. bis 25. Juni.

(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin NW 40.) Chemnitz 1400,—, Berlin 133,43, Dessau 2000,—, Gumburg 121,50, Angermünde 40,80, Dortmund 1000,—, Eisenach 300,—, Frankfurt 200,—, Mannheim 700,—, Rammstein 450,—, Metzer 120,—, Würzburg 11,60, Danzig 27,—, Lippsdorf 2,50, Alsen 0,—, Freiburg i. Schl. 100,—, Borna 500,—, Zwickau 415,—, Passau 6,—, Würzburg i. Schl. 100,—, Eisenberg 6,—, Trier 20,—, Berlin 1687,50 und 150,—, Dresden 500,—, Gorfau 200,—, Lörrach 300,—, Münder 250,—, Mühlhausen 500,—, Steinhilber 600,—, Stuttgart 200,—, Reesfeld 3,20, Schwemlingen 3,50, Kulmbach 6,—, Berlin 531,42 und 5,02, Freiburg i. Br. 710,—, Lindau 100,—, Düsseldorf 1000,—, Buzibude 80,—, Heidelberg 500,—, Elberfeld 350,—, Sonneberg 3,60, Bochum 1500,—, etc.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Süß (Meklenburg). Prof. Emil Wulf, Meyer-Behr-Str. 10.

Bum 50. Geburtstag und 30-jährigen Verbandsjubiläum am 1. Juli d. J. unserem Gauleiter, Kollegen Gustav Grober die herzlichsten Glückwünsche. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange Jahre als Gauleiter des Bezirks II im Interesse seiner Kollegen zu wirken.

Unsern lieben Freund und Gauleiter, dem Koll. Gustav Grober zu seinem 50. Geburtstag am 1. Juli sowie seinem 30-jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Möge er noch recht viele Jahre im Interesse der Organisation u. seiner Kollegen seinen Beitrag leisten.

Unsern lieben Freunde u. Koll. unserm Gauleiter Gustav Grober senden zu seinem am 1. 7. 27 stattfindenden 50. Geburtstag u. seinem 30-jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche die Kollegen des Ortsvereins Habelschwerdt. Möge er noch recht lange Jahre im Interesse seiner Organisation und Kollegen in seinem Bezirke tätig sein.

Unsern Kollegen und Gauleiter Gustav Grober senden zu seinem 50. Geburtstag die herzlichen Glückwünsche. Möge er noch viele Jahre an unserer Spitze stehen, zum Wohle der Gewerkschaft.

Unserm Gauleiter, Koll. Gustav Grober zu seinem 50. Geburtstag wünscht viel Glück und Segen Ortsverein Habelschwerdt Kreis Völkstein i. Schl.

Unserm Gauleiter, Koll. Gustav Grober zu seinem 50. Geburtstag wünscht viel Glück und Segen Ortsverein Habelschwerdt Kreis Völkstein i. Schl.

Unserm I. Arbeits- u. Verbands-Kollegen Joseph Rasthofer nebst seiner lieben Frau Marie zur Hochzeit nachträglich die besten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Fritz Folger, Richard Lorenz, Alfred Ditt nebst ihren lieben Frauen nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unserm Koll. Ernst Bräutigam nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unserm Koll. Lorenz Wierack und seiner lieben Frau Luise zur Vermählung, sowie unseren Koll. Franz Wannek und Lina Laiz und Martin Schmitt und Margarete Witz zur Verlobung nachträglich unsere herzlichen Glückwünsche.

Unsern Kollegen Franz Kania und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Franz Kania und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Franz Kania und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unserm Kollegen Mathias Benz nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unserm Kollegen Richard Wode und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichen Glückwünsche.

Unserm Koll. Otto Strauß nebst Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unserm Koll. Oskar Häutig, Chauffeur, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Koll. Wilhelm Klamm und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Koll. Math. Mertens nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.

Unserm Koll. Paul Ziebold zu seinem 25-jährigen Verbandsjubiläum am 1. Juli die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Alois Puff, der in diesen Tagen sein 20-jähriges Jubiläum als Unteroffizier gefeiert hat, gratulieren wir nachträglich die Kollegen des Ortsvereins Breslau.

Wir hoffen und wünschen, daß er noch recht lange im Interesse der Organisation wirken möge.

Der altbekannte Brauerschuh mit 2 Schnall. in glattem Rindleder. Unbefleckt. 7,25 Wit. Befleckt 8,75 Wit.

Bei 3 Paar 1/2 franco. Sockenschützer 1,00 Wit. reichlich Schür, Hanau Schürstr. 5.

Brauerschne aus Rindleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen Paar 7,— Wit. Best. d. Nachnahme Codenlocher billigst. Fellreiter, München, Ledererstr. 5 II.

JOHANN HARDERS / Holzschuhfabrik. Altona-E., Adolfstr. 28. Hier la trifft, Kleider mit Absatz, usw. 80 cm Schaftöhe 26-31 cm RM. 12,—. 45 cm Schaftöhe 26-31 cm RM. 17,—. Wasser-lappe 25-31 cm RM. 7,50. Auf Wunsch auch mit Stoßkappe ohne Mehrkosten. / 3 Paar franco.

Bettfedern. 1 Kilo graue geschliffene G.-M. 3,—; halbleichte G.-M. 4,—; weiche G.-M. 5,—; bessere G.-M. 6-7; dammenweiche G.-M. 8,— bis 10,—; keine Sorte G.-M. 12,— bis 14,—; weiche ungeschliffene Stupfedern G.-M. 7,—, 9,50, 11,—. Versand franco, vollstet. gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.

GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSGIGARETTEN. THADYOR und ARBEITERSPORTLER zu 4 Pf. ZERONTH zu 5 Pf. Nur zu haben im KONSUMVEREIN.